Damit die Pflege zukunftsfest wird. Rahmenbedingungen der Ausbildung verbessern.

Drucksache **8/6259** · eingebracht 2025-11-19 — Antragsteller: **GRÜNE**

Pflege | Ausbildung | Soziales | Gesundheit

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert neun konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeausbildung in Sachsen-Anhalt – von flexiblerem Starttermin bis hin zu einem Runden Tisch mit allen Beteiligten – mit dem Ziel, sie attraktiver, fairer und zukunftsfester zu machen.

KERNFORDERUNGEN

- Flexibilisierung des Ausbildungsbeginns
- Erweiterung der Praxislernorte
- Faire Finanzierung ohne Umlage auf Bewohner*innen
- Stärkung der Teilzeitausbildung
- Abbau bürokratischer Hürden

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag adressiert zentrale Gemeinwohl-Dimensionen: Soziale Gerechtigkeit (Teilzeitausbildung, faire Finanzierung), Solidarität (Runder Tisch, Schulsozialarbeit), Ökologische Nachhaltigkeit indirekt über Ressourceneffizienz (Abbau Bürokratie, Flexibilisierung), Transparenz & Mitbestimmung (Runder Tisch mit Beteiligten) und Menschenwürde (Attraktivität, Wertschätzung von Pflege). Er berührt vor allem die Berührungsgruppen D (Bürger:innen und Wirtschaft) und C (Politische Führung, Verwaltung), mit stark fördernden Impulsen in D4 (Soziale öffentliche Leistung), D1 (Menschenwürdige Arbeitsbedingungen), C5 (Mitbestimmung in der Verwaltungsentwicklung) und A3 (Verantwortung gegenüber Praxispartnern). Kein Feld weist negative Bewertung auf.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke partizipative Struktur (Runder Tisch)
- Konsequente Verknüpfung von Attraktivität und Qualität
- Klare Fokussierung auf systemische Barrieren (Bürokratie, Finanzierung, Zugang)
- Vollständige Abdeckung aller fünf GWÖ-Werte

Schwächen

- Keine konkrete Verankerung ökologischer Kriterien in Praxislernorten
- Kein Bezug zur internationalen Verantwortung (E5) bei Pflegeausbildung

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	++	·	·
B · FINANZEN	·	++	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	++
D · BÜRGER:INNEN	++	·	·	++	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 **Soziale öffentliche Leistung** Bewertung: +5

Faire Finanzierung, Umlageverbote, Ausbau Schulsozialarbeit, Vielfalt Praxislernorte

D1 **Menschenwürdige Arbeitsbedingungen** Bewertung: +4

Teilzeitausbildung, Schulsozialarbeit, Entlastung von Dokumentationspflichten

C5 **Demokratische Mitgestaltung** Bewertung: +4

Runder Tisch mit Auszubildenden, Trägern, Schulen und Praxis

A3 **Verantwortung gegenüber Praxispartnern** Bewertung: +4

Anerkennung von Rehabilitationskliniken/Hospizen als Lernorte, Wertschöpfungsanteil

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 7/10

Der Antrag ist konsistent mit CDUs Fokus auf wohnortnahe Pflege (Q11), Stärkung der ambulanten Versorgung und sektorübergreifender Zusammenarbeit (Q14), sowie dem Ziel, Pflegeinfrastruktur zu gestalten (Q11). Allerdings fehlt im CDU-Wahlprogramm ein expliziter Bezug zu Teilzeitausbildung oder Schulsozialarbeit an Pflegeschulen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 8/10

Stimmt mit CDU-Grundsatzprogramm überein: Telemedizin-Ausbau (Q16), duales System stärken (Q17), öffentlichen Dienst flexibler machen (Q18), und Verantwortung für Pflege im ländlichen Raum (Q20). Die Forderung nach Flexibilisierung und Praxisorientierung entspricht dem Leitbild 'flexiblerer Einstieg' und 'leistungsorientierter Vergütung'.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 2/10

Der Antrag widerspricht Kernpositionen der AfD: Ablehnung von 'Gender-Ideologie' (kein Bezug im Antrag), aber auch ihre Fokussierung auf traditionelle Strukturen statt partizipativer Runder Tische (Q12), ihr Ablehnung von Bürokratieabbau zugunsten von Kontrolle (Q12), und ihr Fehlen jeglicher Betonung von sozialer Gerechtigkeit oder solidarischer Finanzierung. Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag deckt sich nahezu vollständig mit SPD-Wahlprogramm 2021: vergütete Ausbildung (Q21), Schulgeldfreiheit (Q24), Ausbildungsgarantie (Q21), barrierefreie Versorgung (Q23), Digitalisierung im Gesundheitswesen (Q25), und Fokus auf Fachkräftesicherung. Die Forderung nach Teilzeitausbildung und Schulsozialarbeit ergänzt die SPD-Ziele zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

> „Damit die Entscheidung für diese Berufe getroffen werden kann, müssen wir jedoch die Ausbildung an vielen Punkten attraktiver machen. Deshalb brauchen wir: • eine vergütete Ausbildung in allen Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen."
> SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 33

PARTEIPROGRAMM 8/10

Korrespondiert mit Hamburger Programm: Recht auf Weiterbildung (Q29), soziale Durchlässigkeit (Q28), Anerkennung von Pflegeberufen (Q30), und solidarischer Finanzierung (Q26). Die Forderung nach fairen Rahmenbedingungen spiegelt das Grundwert-Triumvirat Freiheit-Gerechtigkeit-Solidarität wider.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist ein direkter Umsetzungsplan des Grünen-Wahlprogramms 2021: Berufliche Ausbildung für alle (Q2), regionale Wertschöpfung (Q3), Fortführung von Beratungsstrukturen (Q4), und Landespflegekammer (Q5) implizieren strukturelle Verbesserung der Ausbildung. Alle neun Punkte sind konkret aus den Wahlprogramm-Kapiteln abgeleitet.

> „Eine gute Zukunftschance für alle Jugendlichen ist ein Gebot der Gerechtigkeit und unserer Solidarität. Sachsen-Anhalt leidet unter einem Fachkräftemangel, verstärkt durch demografischen Wandel."
> Grüne Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 121

PARTEIPROGRAMM 9/10

Passt exakt zum Grundsatzprogramm 2020: bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur (Q6), Krankenhausfinanzierung nach gesellschaftlichem Auftrag (Q7), Stärkung professioneller Pflege (Q8), Rechtsanspruch auf Weiterbildung (Q9), und Bildung als Daseinsvorsorge (Q10). Der Runde Tisch entspricht dem Grundsatz 'lebendige Demokratie'.

> „Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab: Flexibilität, Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Umschulung, die solidarisch finanziert werden."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 87

FDP

WAHLPROGRAMM 6/10

Der Antrag teilt mit der FDP den Fokus auf Bürokratieabbau (Q35), Flexibilisierung (Q33), und Selbstbestimmung (Q33), aber widerspricht ihrem liberalen Verständnis von Eigenverantwortung durch starke staatliche Steuerung (z. B. Umlageverbot, Curricula-Vorgaben). Keine explizite FDP-Forderung nach Schulsozialarbeit oder Runden Tischen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 7/10

Korrespondiert mit FDP-Grundsatzprogramm: freie Wahl des Arztes/Krankenhauses (Q36), Gleichwertigkeit von Berufsbildung (Q38), Verzahnung aller Bildungsformen (Q39), und altersgerechter Infrastruktur (Q40). Allerdings steht die FDP einer staatlichen Vorgabe von Curricula skeptisch gegenüber.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Ausbildungsleistungen der Träger sollen im Wertschöpfungsanteil und dem Finanzausgleich umfänglich berücksichtigt werden.

> Die Ausbildungsleistungen der Träger sollen im Wertschöpfungsanteil und im Landeshaushalt umfänglich berücksichtigt werden, um eine eigenständige, nicht umlageabhängige Finanzierung sicherzustellen.

Begründung: Stärkt GWÖ-Bereich B2 (Gemeinwohlorientierte Haushaltsführung) und D4 (Soziale öffentliche Leistung) durch klare Haushaltsverankerung und Absicherung gegen Kostenverschiebung.

Vorschlag 2 von 3

Original: Rehabilitationskliniken und Hospize als Praxislernorte anzuerkennen

> Rehabilitationskliniken, Hospize und palliative Versorgungseinrichtungen als Praxislernorte anzuerkennen, unter besonderer Berücksichtigung ökologischer und ethischer Standards.

Begründung: Erweitert den Bezug zu GWÖ-Wert 'Ökologische Nachhaltigkeit' (E3) und 'Menschenwürde' (D1) durch explizite Einbeziehung palliativer Ethik und Ressourcenschonung.

Vorschlag 3 von 3

Original: Schulsozialarbeit muss dafür Teil der Landesfinanzierung für Pflegeschulen werden.

> Schulsozialarbeit muss dafür Teil der Landesfinanzierung für Pflegeschulen werden, mit festen Personalstellen und Qualifikationsstandards gemäß dem Gemeinwohl-Ökonomie-Rahmen für psychosoziale Begleitung.

Begründung: Verankert GWÖ-Wert 'Transparenz & Mitbestimmung' (C5) und 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) durch institutionelle Verstetigung und Qualitätsstandardisierung.

Original-Antrag

Drucksache 8/6259

Damit die Pflege zukunftsfest wird. Rahmenbedingungen der Ausbildung ver·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

19.11.2025
Drucksache 8/6259

öffentlich

Antrag
–

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Damit die Pflege zukunftsfest wird. Rahmenbedingungen der Ausbildung verbessern.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

Die Pflegeausbildung in Sachsen-Anhalt durch die folgenden Maßnahmen attraktiver und qualitativer zu gestalten.

1. Flexibilisierung des Ausbildungsbeginns: Dafür hat die Landesregierung mit den zuständigen Akteuren im Land darauf hinzuwirken, dass ein Ausbildungsstart in der Pflege künftig zu jedem Monatsanfang möglich wird. So sollen Stoßzeiten in der praktischen Ausbildung vermieden und Einrichtungen mehr Planungsspielraum ermöglicht werden.

2. Vielfältige Praxislernorte ermöglichen: Dafür sind u. a. Rehabilitationskliniken und Hospize als Praxislernorte anzuerkennen, um die Einsatzplanung für die Pflichteinsätze zu erleichtern und ein breiteres pflegerisches Spektrum in der Ausbildung abzubilden.

3. Faire Finanzierung gestalten: Die Ausbildungsleistungen der Träger sollen im Wertschöpfungsanteil und dem Finanzausgleich umfänglich berücksichtigt werden. Überdies ist die Umlagefähigkeit der Ausbildungskosten auf die Bewohner*innen zu streichen.

4. Teilzeitausbildung stärken: Die Möglichkeiten einer Teilzeitausbildung in der Pflege sollen geprüft und weiterentwickelt werden, um mehr Menschen - insbesondere mit familiären Verpflichtungen - den Zugang zur Pflegeausbildung zu eröffnen.

5. Abbau von Bürokratie: Die Landesregierung soll Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hürden in der praktischen Ausbildung vorlegen. Dokumentationspflichten sind auf das

(Ausgegeben am 19.11.2025)

notwendige Maß zu beschränken, um Pflegeeinrichtungen und Pflegeschulen spürbar zu entlasten.

6. Weiterentwicklung der Curricula: Für die praktische Ausbildung sollen einheitliche, praxisorientierte Curricula entwickelt werden, die eine hohe Ausbildungsqualität und Vergleichbarkeit im Land gewährleisten. So wird dem in der neuen Pflegeausbildung gestiegenen Anteil der spezifischen Wissensvermittlung am Lernort Praxis Rechnung getragen.

7. Bundesweite Einheitlichkeit stärken: Dafür ist ein Einsatz der Landesregierung auf Bundesebene und im Rahmen der zuständigen Fachministerkonferenzen für eine bessere Vereinheitlichung und gemeinsame Weiterentwicklung der Pflegeausbildung nötig. Um Mobilität und Chancengleichheit der Auszubildenden zu fördern.

8. Schulsozialarbeit ausbauen: Auch Pflegeschulen brauchen Schulsozialarbeit, um Auszubildende in persönlichen, sozialen und schulischen Herausforderungen besser zu begleiten. Schulsozialarbeit muss dafür Teil der Landesfinanzierung für Pflegeschulen werden.

9. Runder Tisch Pflegeausbildung gründen: Beim zuständigen Ministerium soll ein regelmäßiger Runder Tisch Pflegeausbildung eingerichtet werden. Vertreterinnen und Vertreter von Pflegeschulen, Praxispartnern, Trägern und Auszubildenden sollen dort gemeinsam kontinuierlich Verbesserungsbedarfe identifizieren und Lösungswege entwickeln.

Begründung

Die generalistische Pflegeausbildung vereint Alten-, Kinder- und Krankenpflege und ist ein wichtiger Schritt zu mehr Qualität und Attraktivität im Pflegeberuf. Dennoch bestehen weiterhin strukturelle Herausforderungen und Ungleichgewichte, insbesondere in der Finanzierung, in der Organisation der praktischen Ausbildung und in der Vergleichbarkeit zwischen Bundesländern. Gute Ausbildung ist der Schlüssel gegen den wachsenden Fachkräftemangel. Sachsen-Anhalt braucht daher eine Pflegeausbildung, die praxisnah, fair finanziert und zukunftsfest gestaltet ist.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz